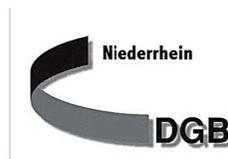




Pressespiegel

Ausgabe: 05.05.2025



Zum 1. Mai 2025: "Abschaffung des 8-Stunden-Tages ist ein Angriff auf unser Privatleben"



Robert Feiger am 1. Mai in München

Foto: Werner Bachmeier



Pressespiegel

Ausgabe: 05.05.2025



IG BAU-Chef Robert Feiger spricht zum 1. Mai auf dem Marienplatz in München. Dabei übt er auch Kritik an privat finanzierten Renten.

München – In seiner Rede zum Tag der Arbeit auf dem Münchner Marienplatz ist der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, unter anderem auf den aktuellen Vertrag der neuen schwarz-roten Koalition eingegangen. Er kritisierte vehement, dass künftig nur noch eine auf die Woche bezogene maximale Obergrenze der Arbeitszeit gelten soll. "Was in dem Koalitionsvertrag so harmlos klingt, ist in Wahrheit ein Angriff auf den Arbeitsschutz, auf unsere Gesundheit und unser Privatleben. Fällt der 8-Stunden-Tag weg, bedeutet das längere Arbeitstage, unplanbare Schichten und weniger Erholung." Er kündigte gegen diese Bestrebung den heftigen Widerstand der Gewerkschaften an.

Feiger forderte zudem, dass die Renten sicher sind und das Niveau langfristig steigen müsse. Wer sich dabei auf die private Vorsorge und den Markt verlasse, liefere die Menschen der Unsicherheit aus. "Man sieht, wohin das beispielsweise in den USA unter Trump geführt hat: Renten werden zur Zockerei, Altersarmut zum Massenphänomen. Auch Herr Merz sollte das endlich begreifen. Wer jahrelang für einen Finanzkonzern wie BlackRock gearbeitet hat, mag den Kapitalmarkt für die Lösung aller Probleme halten – wir Gewerkschaften tun das nicht." Altersvorsorge gehöre in die Hände der Solidargemeinschaft und nicht von Fondsmanagern.

München sei das Paradebeispiel dafür, wie ein attraktiver Wohnort zur sozialen Falle werden könne, konstatierte der Chef der Baugewerkschaft zudem auf der Kundgebung in der bayerischen Landeshauptstadt. Es gebe "glänzende Konzernzentralen internationaler Investoren auf der einen Seite, und auf der anderen Seite Mieten, die explodieren." Menschen mit normalen Einkommen würden an den Rand oder gleich aus der Stadt gedrängt, dann hieße es "pendeln bis zum Umfallen". Und wer in der Stadt bleibe, "wohnt zu eng, zu teuer." Das betreffe nicht nur Auszubildende oder Rentner*innen, sondern auch Fachkräfte, Erzieherinnen, Pflegekräfte, Handwerker – "also Menschen, die den Laden am Laufen halten." Es müsse endlich eine klare Mietobergrenze geben, "denn sozialer Wohnraum muss auch sozial bleiben." Und es sei eine langfristige Wohnungsbau-Förderung für mehr Planungssicherheit vonnöten. Deshalb sei es gut, dass nun endlich die Schuldenbremse gelockert werde, es stünden 500 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung. "Was die Arbeitnehmer*innen-Vertretungen seit Jahren gefordert haben, wird nun endlich Wirklichkeit. Aber das steht bislang nur auf dem Papier. Was wir jetzt brauchen, sind konkrete Programme fürs Bauen. Und das im Eiltempo." Und damit man sich eine neue Wohnung oder ein Häuschen leisten könne, brauche es zudem einen fixen Zinsdeckel.

"Kein Fußbreit den Faschisten", rief IG BAU-Chef Feiger schließlich den zahlreichen Teilnehmer*innen zu. Dieser Aufruf galt der nach der Bundestagswahl weiter erstarkten AfD. "Sie will die Demokratie aushöhlen, sie hetzt gegen Migrant*innen, Frauen und auch Gewerkschaften. Also eigentlich gegen alles, was unsere Gesellschaft stark macht." Sie stehe gegen Mitbestimmung, gegen Tarifverträge und gegen die Rechte der Beschäftigten. "Die AfD ist ein Angriff auf uns alle, sie ist keine normale Partei, Herr Spahn."

Lokalkompass.de vom 03.05.2025